

Evangelische Verantwortung

"Kirchen und Religionsgemeinschaften"

Ein Abschnitt im neuen Grundsatzprogramm

Ulrich Mann

Aus der Sicht eines evangelischen Lesers ist naturgemäß der kurze Abschnitt über "Kirchen und Religionsgemeinschaften" im Entwurf des Grundsatzprogramms von besonderem Interesse.

Die Einleitung des Abschnitts klingt bemerkenswert optimistisch: "Die große Mehrheit unserer Bevölkerung gehört einer der christlichen Kirchen in Deutschland an." Deutschland umfaßt seit einigen Jahren mehr als die alten Bundesländer. In den fünf neuen Ländern kann gewiß nicht von einer großen Mehrheit Kirchenangehöriger gesprochen werden. Der Anteil beträgt dort zwanzig oder allenfalls dreißig Prozent. Das ist bedauerlich, zumal wenig Aussicht auf rasche Besserung besteht. Andererseits sollte man daran denken, daß die Bedeutung des Auftrags der Kirche zur Verkündigung nicht von der Zahl ihrer Mitglieder abhängt. Der Auftrag gilt "allen Völkern" (Matth. 28, 13).

Auch für die alten Bundesländer greift der zitierte Einleitungssatz zu kurz. Er stellt einen Sachverhalt als definitive Größe dar, von dem wir inzwischen wissen, daß er leider nicht statisch, sondern dynamisch, und zwar tendenziell kritisch gesehen werden muß. Die Zahl unserer kirchenangehörigen Mitbürger wird von Jahr zu Jahr kleiner, kirchliche

Fachleute rechnen eher mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung als mit ihrem baldigen Ende. Unklarheiten und Unsicherheiten bestehen bei der Bewertung der Ursachen für diese Entwicklung, der Hinweis auf die wachsende staatliche Steuerbelastung bleibt offenkundig an der Oberfläche.

Aufgabe und Auftrag der Kirchen

Den Verfassern des Grundsatzprogramms ist zu wünschen, daß sie als Ausgangspunkt ihres Kapitels über Kirchen und Religionsgemeinschaften ein realistisches und sachgerechtes Szenario beschreiben, sofern sie eine solche Beschreibung überhaupt für erforderlich halten. Das bislang gültige Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1978 kam ohne einen solchen Vorspann aus.

Der folgende zweite Satz im Programm-entwurf will offenbar etwas sagen über die Aufgabe und den Auftrag der Kirche, und er tut dies mit den Worten: "Indem sie (erg. die Kirchen) von Gott künden, weisen sie über die Endlichkeit unserer Existenz hinaus ..." Die eigenartig pathetische Wortwahl ("von Gott künden") kann nicht dafür entschädigen, daß der Auftrag der christlichen Kirche nach dem Zeugnis des Neuen Testaments und der Bekenntnisschriften wesentlich anders zu bestimmen ist.

Das Programm einer politischen Partei ist nicht der Ort für längere theologische Darlegungen. Wenn es nach dem

Wunsch der Autoren überhaupt einer inhaltlichen Beschreibung des Auftrages der Kirche bedarf, sollte er etwa lauten "Indem diese das Evangelium von Jesus Christus verkündigen, ...". Allerdings stimmt dann noch immer der Anschluß an den folgenden Text nicht, denn der Hinweis auf die Endlichkeit menschlicher Existenz ist sicherlich nicht das Zentrum christlicher Predigt. Dem vielfältig geäußerten Wunsch nach Straffung des Programms könnte auch an dieser Stelle sehr einfach und wirksam durch Streichung des gesamten Satzes entsprochen werden.

Den anschließenden Feststellungen über die besondere Bedeutung der Kirchen für die Wertorientierung der Gesellschaft und die anerkennenden Worte für die karitative und erzieherische Arbeit der Kirchen kann ohne Einschränkung oder Änderung zugestimmt werden.

Inhalt

4 "Freiheit und
Verantwortung"

6 Das Verhältnis der CDU
zum Christentum
und zu den Kirchen

8 Politikerschelte

12 *Büchermarkt*

14 Aus unserer Arbeit

16 Neue Wertedebatte
führen!

Autonomie der Kirchen

Es folgen Aussagen über die Autonomie der Kirchen und über die Freiheit ihrer Verkündigung. Beides ist richtig und beides entspricht der grundgesetzlichen Ordnung, die sich auf ältere verfassungsrechtliche Vorbilder stützen kann. Nicht zutreffend ist dagegen die Reihenfolge dieser Aussagen. Die Gewährleistung der Selbständigkeit der Kirchen ist nicht nur positiv-rechtlich verbürgt. Sie hat ihre innere Ursache und eigentliche Begründung in der Freiheit der Verkündigung; wer diese bejaht, muß auch jene anerkennen. Autonomie der Kirche und Freiheit der Verkündigung stehen nicht zufällig nebeneinander, sondern aus der Freiheit der Verkündigung ergibt sich die Eigenständigkeit der Kirche als notwendige Folgerung. Das Verhältnis der beiden Aussagen ist nicht additiv, sondern konsekutiv. Daraus folgt, daß die Reihenfolge der Aussagen umgekehrt werden muß. Erst dann sind sie aus sich heraus verständlich und überzeugend.

Der Entwurf tritt ausdrücklich für die **Beibehaltung des Systems der Kirchensteuer ein**. Das ist neu gegenüber dem Grundsatzprogramm 1978 und stellt offenbar eine Antwort dar auf kritische Wortmeldungen aus jüngerer Zeit. Die Verbürgung der Kirchensteuer gibt die weiterhin herrschende Meinung in der Union zutreffend wieder. Sie entspricht gewiß auch dem Wunsch und der Meinung der Kirchen. Fragen könnte man, ob ein bewährtes und zweckmäßiges Instrument der Finanzierung kirchlicher Aufgaben den Rang und die Dignität hat, als programmatische Aussage von grundsätzlicher Bedeutung in das Grundsatzprogramm der Partei aufgenommen werden.

Denn die Kirchensteuer rechtfertigt sich aus gut nachvollziehbaren Zweckmäßigkeitserwägungen. Aus dem Wesen der Kirche und der Natur und Bedeutung ihres Auftrags läßt sie sich nicht herleiten. Das zeigt bereits die Tatsache, daß die Kirchenfinanzierung außerhalb Deutschlands vielfältigen anderen Regelungsmustern folgt. Wenn sich dem Grundsatzprogramm

ein Maßnahmen- oder Aktionsprogramm anschlosse, würde die Aussage über die Kirchensteuer dort sicherlich einen systematisch überzeugenderen Platz einnehmen.

Kirche und Staat



Der Entwurf wendet sich der **Rolle der Kirchen in Staat und Gesellschaft** zu und erklärt: "Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl". Hier ist die empfindliche Nahtstelle zwischen Kirche und Politik angesprochen. Unter dem Eindruck vielfältiger konkreter Erfahrungen mit einer in den politischen Raum hineinwirkenden Kirche und dem sehr unterschiedlichen Echo auf diese Wirkung hat es zahllose Diskussionen und Versuche einer Verhältnisbestimmung von Kirche und Politik gegeben. Sie sind bis heute nicht zum Abschluß gelangt.

Immerhin kann man aber als vorläufiges Ergebnis zwei Überlegungen festhalten. Das Recht der Kirche, zu Fragen

von Staat und Gesellschaft Stellung zu nehmen, wird heute sachlich kaum mehr bestritten. Es ist auch thematisch nicht begrenzt. Es reicht im Grunde so weit wie das öffentliche Interesse an der Behandlung eines Themas und manchmal noch darüber hinaus. Um so mehr sollte aber auch ein zweites Prinzip Anerkennung finden: Das Reden und Handeln der Kirche sollte immer und überall zu rechtfertigen sein aus ihrem Auftrag, das Evangelium zu verkündigen.

Mitunter fällt es schwer, in kirchlichen Äußerungen und Stellungnahmen deren eigentlichen christlichen Grund, nämlich die Botschaft des Evangeliums, wiederzufinden. Daß sollte auch der Kirche klar sein, daß die Menschen eben gerade dies von ihr erwarten. Die Kirche hat die Vollmacht und die Pflicht, ihnen das zu sagen, was häufig genug sonst niemand mehr sagt, die Botschaft von Gottes erlösendem Handeln in Christus.

Wo sich die Kirche dagegen unterschiedslos in der wechselnden Beliebtheit tagespolitischer Meinungen bewegt ohne erkennbaren Zusammenhang mit dem Grund und Inhalt ihres Auftrages, macht sie sich zum propagandistischen Gehilfen der Politik von Partei oder Parteien, eine Rolle, die im Zeitalter professioneller Massenkommunikation jederzeit auch von anderen Trägern der öffentlichen Meinung übernommen werden könnte. Sie bereitet damit selber den Boden für ihre schließliche Entbehrlichkeit in dieser Rolle.

Grenzen für das Wirken der Kirche

Glücklicherweise - so könnte man sagen - hat die Kirche diese Gefährdung schon früh erkannt. In den Verfassungen evangelischer Kirchen in Deutschland finden sich verschiedentlich grundlegende Klarstellungen, die im vorliegenden Zusammenhang von Bedeutung sind. So heißt es etwa im Grundartikel 1 der Nordelbischen Kirchenverfassung, daß die Kirche "in der Mitverantwortung für das öffentliche Leben" Sorge dafür trägt, "daß der ihr vom Herrn der

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die große Mehrheit unserer Bevölkerung gehört einer der christlichen Kirchen in Deutschland an. Indem diese von Gott künden, weisen sie über die Endlichkeit unserer Existenz hinaus und tragen für viele Menschen zur Sinngebung ihres Lebens bei. Den Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt eine besondere Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft zu. Darüber hinaus leisten sie auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich vorbildliche Dienste. (aus: Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms)

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso gewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen. Um diese Selbständigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, treten wir dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten. Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl. Wir sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde der Person, das gemeinsame Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen. (aus: Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms)

Wir sind dankbar, daß sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Deutschland gegründet haben. Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeiten an Werten und Traditionen miteinander verbunden. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie tragen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei. Unter uns leben Menschen anderer Religionszugehörigkeit. Wir achten ihre religiöse Überzeugung und respektieren ihren Wunsch nach freier Religionsausübung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. (aus: Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms)

Kirche gegebene Auftrag ... wahrgenommen wird". Damit ist der eigentliche Grund und zugleich die Grenze für das Wirken der Kirche in der Mitverantwortung für das öffentliche Leben genannt.

Für das Grundsatzprogramm der Union folgt aus alledem, daß es nicht hinter den Aussagen kirchlicher Verfassungen zurückbleiben und deshalb sagen sollte: "Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, im Rahmen ihres Verkündungsvertrages Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl wahrzunehmen."

Abschließend bleibt nur zu sagen, daß die Aussagen des Programmentwurfs über Juden und Christen sowie über die Achtung anderer religiöser Überzeugungen eine substantielle Verbesserung gegenüber dem Programm 1978 darstellen und uneingeschränkt Zustimmung verdienen.

Anm.:
Dr. Ulrich Mann
ist EAK-Landesvorsitzender
aus Schleswig-Holstein

Dies Leben
ist nicht ein
Frommsein,
sondern ein
Frommwerden,
nicht ein Gesund-
sein, sondern ein
Gesundwerden,
überhaupt nicht
ein Wesen,
sondern ein
Werden."

Martin Luther

"Freiheit und Verantwortung"

Albrecht Martin

Wenn man die politische Diskussion überblickt, wie sie seit einigen Jahren in der Bundesrepublik geführt wird, so kommt man an der Feststellung nicht vorbei, daß man über Symptome streitet, daß aber die eigentlichen Probleme kaum in den Mittelpunkt rücken.

Man diskutiert über die Finanzierung der Pflegeversicherung, aber nicht über die umfassenden Folgen der Veränderung der Alterspyramide; man streitet um die Höhe des Solidarbeitrages und darüber, wer ihn bezahlen soll und vergißt, daß die Zeit des Verteilens vorbei ist; man will möglichst schnell durch die Kürzung des Verteidigungshaushaltes eine Friedensdividende kassieren und schließt die Augen vor der Tatsache, daß in vielen Gegenden der Welt - und dicht an unseren Grenzen - nicht der Friede, sondern Krieg die Wirklichkeit ist; wir fürchten die Ausweitung von Gewalt und Verbrechen und zögern, der Polizei erfolgsversprechende Waffen in die Hand zu geben, weil man Angst hat vor der denkbaren Störung der Privatsphäre. Ursache solcher fahrlässigen Blindheit gegenüber den brennenden Problemen der Gegenwart ist die Weigerung, den Dingen auf den Grund zu gehen; es ist ja auch bequemer, sich über Symptome zu erregen und ein die Wunde verkleisterndes Pflaster für die Heilung zu halten. Das aber ist gefährlich, weil damit die Fähigkeit zur Lösung der Probleme immer mehr verloren geht.

Politische Grunddiskussion gefordert

Wenn das so ist, dann brauchen wir eine politische Grundsatzdiskussion, die nicht bei Vorschlägen für die Lösung aktueller Probleme stehenbleibt, sondern die den Mut hat, die Komplexität der politischen Fragen ernstzunehmen. Wir brauchen diese Grundsatzdiskussion umso mehr, als ohne sie die Vollen-

dung der deutschen Einheit mißlingen wird. Denn dies gehört auch zu den Erfahrungen der letzten drei Jahre: während die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West beachtliche Fortschritte gemacht hat, ist die Hochschätzung von Freiheit und Unabhängigkeit in den neuen Ländern von 1990 bis 1993 von 62 % auf 48 % zurückgegangen, und im Dezember 1992 hielten immer noch 57 % den "Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde" (s. "Die politische Meinung" 289, Dezember 1993).

Auch im Westen umschreibt ein Teil der Medien die Verhältnisse im wiedervereinigten Deutschland mit Begriffen und Bildern, die den Vokabeln der alten SED-Propagandisten entnommen sind: das Gerede von der Kälte des Kapitalismus und die These von der Zwei-Klassen-Gesellschaft. Und daß wir angesichts der Leistungen, die unser Volk in den letzten Jahren erbracht hat, in der Mehrheit nicht stolz darauf sind, Deutsche zu sein, ist ein weiterer Hinweis auf die tiefe geistige Verunsicherung, die unser Volk ergriffen hat. Das aber ist keine gute Voraussetzung, um in einer Welt des Umbruchs die Grundlagen für die Gestaltung der Zukunft zu legen.

Man muß sich diese Lage vergegenwärtigen, um der Leistung gerecht zu werden, die in der Vorlage eines Grundsatzprogramms durch die CDU liegt. Die Eigenständigkeit dieser Leistung und der Mut, gegen die Zeitströmung anzugehen, zeigen sich meines Erachtens in drei Schwerpunkten des Programmes:

Indem die CDU ihr Grundsatzprogramm unter die Leitbegriffe "Freiheit und Verantwortung" stellt, nimmt sie deutlich Stellung gegen gleich zwei modische Trends: sie macht deutlich, daß Grundlage unseres Staates die Freiheit ist und bleibt, daß diese Freiheit nichts mit der Beliebigkeit gemeinsam hat und daß Freiheit nicht ohne

Anstrengung und Risiko zu haben ist, weil sie nämlich ohne Verantwortung nicht gedacht werden kann. Man sage nicht, daß sich das doch von selbst verstehe. Ein Blick auf die aktuelle parteipolitische Diskussion zeigt, daß bei der Wertung dieser Grundbegriffe keineswegs Klarheit besteht. Man erlebt es doch ständig, daß dem Hinweis auf die Freiheit sofort mit dem Einklagen sozialer - vielleicht sogar berechtigter - Ansprüche begegnet wird. Und daß Verantwortung jeden einzelnen in die Pflicht nimmt, das Allgemeinwohl zu bedenken, ist für viele nichts anderes als eine unzumutbare Beschränkung von Freiheit. Dabei ist am Tage, daß die Würde des Menschen nur dort auf Dauer gewahrt wird, wo Freiheit und Verantwortung als Grundpfeiler aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung stabil bleiben.

Mit der Feststellung: "Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott", geht die CDU nicht nur eine schwerwiegende Selbstverpflichtung ein, sondern sie erteilt auch allen Ideologien eine klare Absage. Auch die Demokratie wird damit jedes Anspruchs entkleidet, sie könne eine Welterlösung herbeiführen; sie ist und bleibt die "schlechteste Staatsform mit Ausnahme aller anderen."

Aber gerade mit dieser Selbstbeschränkung bleibt sie die Voraussetzung für die Bewahrung der Freiheit. Denn in unserem Jahrhundert ist Freiheit durch nichts so bedroht worden wie durch den Anspruch von Ideologien, die von der kommenden Welt heraufzuführen. Der Satz, der am Anfang des Grundsatzprogrammes steht, gibt auch dem Nichtchristen die Gewähr dafür, daß auch seine Freiheit geschützt ist. Denn mit diesem Satz macht die CDU deutlich, daß sie ihre Politik weder an menschlichen Idealentwürfen orientiert, noch an dem Ergebnis angeblich wissenschaftlich begründeter Zukunftsentwürfe, auch nicht an den Wünschen der Gesellschaft, was immer man darunter verstehen mag.

Von daher gewinnt auch das Motto des gesamten Programmes seine Prägung: "Freiheit und Verantwortung" erhalten ihre Ausrichtung durch die Bezugnahme auf eine letzte, den Menschen nicht verfügbare Instanz. Es handelt sich hier also gerade nicht um die Instrumentalisierung des Glaubens im Interesse eines politischen Programmes!

Im Gegensatz zum Zeitgeist

Obwohl die Lehre des real existierenden Sozialismus mit dem Zusammenbruch aller auf ihr begründeten Staaten und gesellschaftlichen Systeme alle Glaubwürdigkeit verloren hat, bleibt sie für viele Menschen anziehend, ja sie wird als Ausweg aus den Nöten der Gegenwart empfunden. Verbreitet ist die Meinung, daß man die großen Aufgaben der Friedenssicherung und der Bewahrung der Schöpfung nicht der in Freiheit tätigen Verantwortung des Menschen überlassen könne, sondern daß es dazu der Planung und die Verwirklichung der Planung erzwingende Strukturen bedürfe.

Ist demgegenüber gar nicht zu überschätzen, daß die CDU auch und gerade bei der Lösung der großen Weltprobleme auf verantwortete Freiheit setzt. Ich weiß, daß ich mit der folgenden Aussage mich im Widerspruch vieler Partei-

freunde befinde, die den Begriff der "Sozialen Marktwirtschaft" auch sprachlich unverändert bewahrt sehen möchten: aber angesichts der drängenden Umweltprobleme und in Anbetracht der Ängste, die viele Menschen angesichts dieser Probleme bestimmen, ist es für die Bewahrung einer freiheitlichen Ordnung von höchster Bedeutung, daß die CDU gerade auch für den Bereich der Ökologie auf die Soziale Marktwirtschaft setzt. Ohne Zweifel geht die Union, wahltaktisch gesehen, ein Risiko ein; denn sie setzt sich in Gegensatz zum "Zeitgeist".

Das Grundsatzprogramm macht deutlich, daß der Fortschritt nicht im Bruch mit der Geschichte und nicht in der Abkehr von tradierten Werten sich vollziehen darf. Wir Deutsche sind weiterhin ein geschichtsloses Volk geworden, Ergebnis nicht nur bitterer geschichtlicher Erfahrung, sondern auch einer Bildungskonzeption, die Geschichte durch Gegenwartskunde ersetzte, um die

Frage nach dem Warum der Gegenwart gar nicht erst aufkommen zu lassen; dann wird der Mensch nämlich leichter manipulierbar!

Die Union aber weiß um die Bedeutung der Geschichte für die Gegenwart und hat deshalb auch ein ungebrochenes Verhältnis zur deutschen Geschichte in ihrem Glanz und in ihrer Verstrickung in Schuld. Darum konnte die Union zur Partei der deutschen Einheit werden, und darum ist sie auch die treibende Kraft bei der Einigung Europas.

Hier liegt übrigens auch einer der Gründe für das Ansehen, das unser Bundeskanzler bei Politikern der europäischen Partner genießt: weil er wie sie sich in historische Traditionen gestellt sieht, versteht man einander auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen, und man verliert nicht die eigene Kraft der Gemeinsamkeit der Nationen Europas aus dem Auge.

Ich zögere nicht, in diesem Zusammenhang auch auf das Festhalten der Union an dem Leitbild der EG hinzuweisen. Gerade weil die Union von der Freiheit des Menschen ausgeht, die rechtliche Form der von ihm gewollten Partnerschaft in Verantwortung frei zu wählen, ist sie gegen die rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der EG. Es gehört zu den Widersprüchlichkeiten des angeblich modernen Denkens, die rechtliche Bindung nicht zu wollen, aber alle rechtlichen Sicherungen zu beanspruchen. Bei Licht besehen liegt hier auch eine der Ursachen sozialer Probleme der Gegenwart. Man muß eben den Dingen auf den Grund gehen.

Es genügt gewiß nicht, ein Grundsatzprogramm zu formulieren und zu verabschieden. Man wird ihm auch nicht gerecht, wenn man es aufschlägt und nachsieht, ob die eigenen Wünsche und Forderungen gebührend berücksichtigt wurden. Aber wenn alle Mitglieder der CDU und alle Funktionsträger zumal sich bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und bei der eigenen Gestaltung der Zukunft von diesem Grundsatzprogramm leiten lassen, könnte seine Verabschiedung zu einem neuen Aufbruch für unsere Partei und für unser Volk werden. ■

Grundsatzprogramm-Entwurf

Zu Ziffer 62

Die "nachdrückliche Unterstützung des Beitrags der Kirchen zur Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl" (Ziffer 62 Abs. 2 Satz 3) ist angesichts vielfältiger konkreter Erfahrungen mit einer politisierenden Kirche so nicht akzeptabel. Einerseits gilt: Das Recht der Kirche, zu Fragen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Stellung zu nehmen, ist sachlich nicht bestritten und thematisch nicht begrenzt. Andererseits ist zu beachten: Das Reden und Handeln der Kirche muß sich aus ihrem Auftrag legitimieren, der Verkündigung des Evangeliums. Diese Bindung ist auch ganz ausdrücklich in den Verfassungen der evangelischen Landeskirchen fixiert (z.B. in Art. 1 der Verfassung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche: "Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche trägt dafür Sorge, daß der ihr vom Herrn der Kirche gegebene Auftrag ... in der Mitverantwortung für das öffentliche Leben wahrgenommen wird".)

Deshalb sind in Textziffer 62 Abs. 2 Satz 3 die Worte einzufügen "im Rahmen ihres Verkündigungsauftrags", so daß der Satz vollständig lautet:

"Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, im Rahmen ihres Verkündigungsauftrages Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl wahrzunehmen."

Dr. Ulrich Mann

er.

Hans Martin Pawlowski

Der Leitantrag des Bundesvorstandes zum Grundsatzprogramm bietet gegenüber dem bisher diskutierten Entwurf eine ganze Reihe entscheidender Verbesserungen: Er ist mit 161 statt 457 Absätzen erheblich kürzer, er bietet angemessenere Formulierungen zur Familie und zur Familienpolitik, er betont stärker als der Entwurf die Einheit von Ökologie und Ökonomie und setzt damit in der Umweltpolitik mehr auf den marktwirtschaftlichen Ansatz, und er leitet vor allem bis auf eine Ausnahme die für die CDU maßgebenden Ziele nicht mehr aus dem "christlichen Menschenbild" ab, sondern stützt sie auf die Grundrechte unserer Verfassung.

Diese Änderungen nehmen dem Grundsatzprogramm viel von der aufgesetzten Christlichkeit - und tragen damit der Sache nach eher christlichen Überzeugungen Rechnung, jedenfalls denen, die sich an der evangelischen Theologie orientieren. Denn die Christen in der CDU können davon ausgehen, daß die Grundrechte unserer Verfassung weitgehend Ergebnis der Entwicklung des christlichen Denkens sind - während die Nicht-Christen, die der CDU nach Abs. 2 des Leitantrages als gleichberechtigte Mitglieder angehören, diese Grundrechte auf andere Weise in ihrer Weltanschauung oder Religion verankern können und werden.

Wenn wir als Mitglieder unserer Partei damit auch Anlaß haben, der Grundsatzkommission für ihre Arbeit zu danken, so besteht doch weiterhin auch Anlaß, auf bestehende Mängel hinzuweisen - was im folgenden geschehen soll, ohne den Anlaß zur Dankbarkeit zu vergessen. Dabei geht es einmal um die Formulierungen über das Verhältnis der CDU zum Christentum und zu den Kirchen. Zum anderen soll verdeutlicht werden, daß und warum die Wendung von der "Bewahrung der Schöpfung" bei den Aussagen zur Forschungspolitik zu Schwierigkeiten führt - nicht zuletzt im Zusammenhang der Diskussion über den "Standort Deutschland". Wer meint, daß es dabei zunächst nur um "Kleinigkeiten" gehe, sollte bedenken, daß kleine Abweichungen im Grundsätzlichen zu großen Unterschieden in der Praxis führen können: Eine kleine Richtungsänderung führt bei einem Winkel in einiger Entfernung vom Schenkelkopf zu großen Abwei-

Christliches Menschenbild

chungen. Zunächst sollte man damit Ernst machen, daß das Grundsatzprogramm die von allen Mitgliedern der CDU zu bejahenden Grundwerte auf die Grundrechte unserer Verfassung stützt (Abs. 2) und so den christlichen und den nichtchristlichen Mitgliedern eine

Das Verhältnis der CDU zum Christentum und zu den Kirchen

Anmerkungen zum neuen Leitantrag

gemeinsame Grundlage bietet. Dann darf man aber in Abs. 12 II nicht feststellen, daß Grundlage unseres Handelns das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte seien. Man sollte vielmehr formulieren, daß "Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns ... das christliche Verständnis vom Menschen und die unsere Verfassung prägenden Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit" sind.

In dieser Formulierung erscheint das christliche Menschenbild nicht mehr in der Form einer normativen platonischen Idee oder eines romantischen Ideals, aus dem man positive Forderungen ableiten kann - was mit der christlichen Theologie kaum zu vereinbaren ist: Ein Christ weiß, daß er als sündiger Mensch Gottes gnädigem Willen nicht allein aus eigener Kraft gerecht werden kann,

und sucht sich daher in Gehorsam an Gottes Gebot zu halten, wie es der gemeinsamen Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz "Grundwerte und Gottes Gebot" aus dem Jahre 1979 entspricht. Wer die Grundwerte aus dem christlichen Menschenbild ableiten will, muß sich fragen lassen, warum sie dann Nichtchristen binden sollten.

Kirche und Sinngabe des Lebens

In eine ganz andere Richtung weisen die Formulierungen des Abs. 62 (Entwurf 146), in denen davon die Rede ist, daß "die große Mehrheit unserer Bevölkerung einer der christlichen Kirchen" angehöre, die "für viele Menschen zur Sinngabe ihres Lebens" beitrage. Derartige Formulierungen mögen 1. die unbeteiligte, wissenschaftliche Darstellung von Religionssoziologen taugen - und wären als solche zu schönfärbend. Sie entsprechen aber keinesfalls der Perspektive der praktizierenden Mitglieder der Kirchen, die nicht davon sprechen werden, daß ihre Kirche zur Sinngabe ihres Lebens beitrage. Diese Formulierungen werden im übrigen nicht dem Umstand gerecht, daß die CDU - bei aller Offenheit gegenüber anderen Formen des Glaubens und der Weltanschauung - zu den christlichen Kirchen eine andere Beziehung hat als zu den anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wie schon der Name der Partei zeigt. Daher sollte die CDU auch sagen, was der innere Grund dieser Nähe ist: So könnte man z.B. feststellen, daß sich die CDU (Tatsache bewußt ist, daß der freiheitliche Staat das Ergebnis der Auseinandersetzung von Kaiser und Papst ist und daher eine besondere Nähe zu den christlichen Kirchen hat, weil sich die Erscheinungsform eines Staates, der institutionell einen staatsfreien Raum ausgrenzt und damit bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte gewährleistet, nur auf dem Boden der abendländischen Tradition entwickelt hat. Danach sollte man dann statt oder neben dem Hinweis auf die karitative Tätigkeit der Kirchen und deren besondere Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft den besonderen Beitrag der Kirchen zum kulturellen Leben unseres Volkes hervorheben.

Und am Ende des Abs. 62 sollte man schließlich darauf hinweisen, daß unter uns viele Menschen leben, die anderen Religions- oder Weltanschauungsge-

meinschaften angehören, deren Überzeugungen wir achten und respektieren: Weil auch unsere einschlägigen Gesetze (zu Recht) philosophisch fundierte Weltanschauungen (wie z.B. den Marxismus) und religiöse Überzeugungen sowie die an ihnen orientierten Gemeinschaften gleichsetzen und gleichbehandeln - was den Irrtum vermeiden hilft, daß religiöse Überzeugungen subjektiv oder relativ seien, während man säkularen, philosophisch begründeten Weltanschauungen (wie dem Humanismus oder der Philosophie der Aufklärung) allgemeine Verbindlichkeit beimessen könne.

Natur und Schöpfung

Abs. 11 sollte man schließlich die Wendung, nach der "der Natur ... eine Eigenbedeutung zukommt", ebenso streichen wie den Hinweis in Abs. 25 auf den "Eigenwert der Schöpfung". Denn es reicht aus, wenn der Leitantrag feststellt, daß der Mensch Teil der

Natur ist und daß wir über die Natur nicht nach Belieben verfügen dürfen, da sie uns als Schöpfung Gottes zur Bewahrung anvertraut ist. Die Rede von der Eigenbedeutung der Natur oder vom Eigenwert der Schöpfung geht dann zwar mit der Anerkennung des "An-und-für-sich-Seins" von Natur und Schöpfung über das "für uns wertvoll, weil von Gott geschaffen" hinaus; sie verweist aber zu stark auf eine (Rechts-) Subjektivität der Natur, woraus dann immer wieder selbsternannte Sprecher die Legitimation ableiten, allein für die Natur oder die Schöpfung zu sprechen.

Besonders zu bedauern ist, daß der Leitantrag im 2. Abschnitt des VI. Kapitels, der die Probleme von Wissenschaft, Forschung und Technik behandelt, weiterhin die Wendung von der "Bewahrung der Schöpfung" beibehält.

Hierzu ist festzustellen, daß diese Wendung nicht auf die christliche Theologie verweist - auch wenn sich ihrer heute selbst die Kirchen vielfach bedienen. Ihre wahre Wurzel machen u.a. die Formulierungen in Abs. 143 deutlich: Dort heißt es zwar zunächst theologisch korrekt, daß die Schöpfung nach dem Verständnis der CDU Mensch und Natur als Einheit umfasse. Es ist aber schon verräterisch, daß der Leitantrag (wie der frühere Entwurf) hier auch noch die Umwelt anführt - und die Schöpfung damit als Einheit von Mensch, Natur und Umwelt bezeichnet. Denn "Umwelt" meint gerade die Welt aus der Sicht des Menschen - und dies ist auch die Welt, die der Mensch macht, nämlich die gefallene Schöpfung, die insofern ebensowenig von Gott geschaffen ist wie Sünde und Schuld. Und der darauf folgende Hinweis auf die Natur (bzw. jetzt im Leitantrag: auf das Netzwerk der Natur), in der der Mensch "eingewoben" sein soll, verweist dann vollends auf den Kontext der Naturreligionen - von denen die

in unsere Vorstellungswelt zurück - so daß man sich nicht zu wundern braucht, daß immer mehr unbegründete Ängste unsere Gesellschaft heimsuchen. Man könnte gegenüber diesen Einwänden zwar darauf verweisen, daß es für die CDU als Partei nicht darauf ankomme, ob diese Redeweise theologisch korrekt ist, sondern nur darauf, daß diese heute auch in beiden großen Kirchen heimisch geworden ist. Der entscheidende Einwand gegen diese Redeweise ergibt sich daher auch aus anderen Zusammenhängen.

Die Schädlichkeit der Rede von der "Bewahrung der Schöpfung" zeigt sich nämlich in besonderem Maße im Zusammenhang der Diskussionen z.B. über das Gentechnikgesetz und ähnliche Gesetzeswerke - insbesondere unter den Bedingungen der Mediendemokratie. Man mag sich hier an den jüngsten sog. Skandal erinnern: So empörten sich kürzlich unsere Medien aufgrund amerikanischer Meldungen durchweg darüber, daß man in den

USA versucht habe, Menschen zu "klonen". Diese Empörung wäre nicht eingetreten, wenn man nur berichtet hätte, daß man dort einen ersten Erfolg bei dem Versuch erzielt habe, bei einer in-vitro-Fertilisierung (bzw. nach einer extracorporalen künstlichen Befruchtung) einer Mutter eineiige Zwillinge zu implantieren.

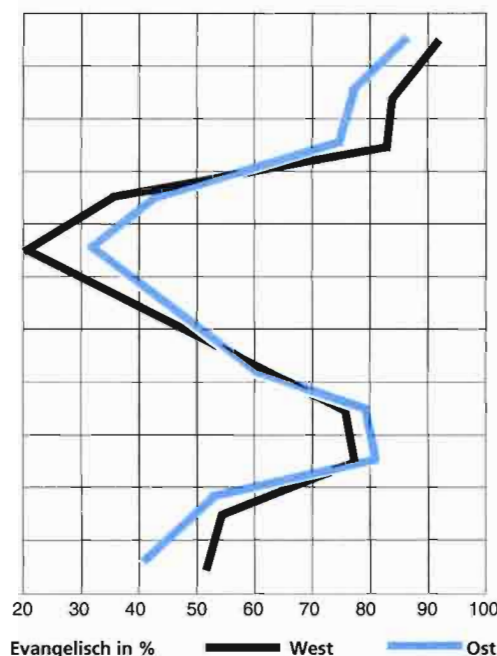
Denn eine derartige Meldung, die den Sachverhalt, um den es geht, korrekt wiedergibt, hätte keinen Anlaß gegeben, sich über verantwortungslose Experimente mit oder am Menschen zu empören. Solange

man aber von der Vorstellung ausgeht, daß uns aufgetragen sei, die Schöpfung oder die Natur so zu "bewahren", wie sie immer gewesen ist, wird sich immer wieder Anlaß zu derartigen Empörungen ergeben. Wie unsinnig und ideologisch diese Vorstellung aber ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen

Was gehört Ihrer Meinung nach dazu, evangelisch zu sein?

Es gehört **UNBEDINGT** zum Evangelisch-Sein, daß man

- ... getauft ist
- ... konfirmiert ist
- ... Mitglied in der evangelischen Kirche ist
- ... zur Kirche geht
- ... die Bibel liest
- ... mitbekommt, was in Kirche und Kirchengemeinde passiert
- ... bewußt als Christ lebt
- ... seinem Gewissen folgt
- ... sich bemüht, ein anständiger und zuverlässiger Mensch zu sein
- ... nach den 10 Geboten lebt
- ... sich an der Botschaft Jesu orientiert



Botschaft Jesu die Welt befreit hat. Denn die Naturreligionen stellten immer darauf ab, daß sich der Mensch in die Natur einordnen solle.

Mit diesem Wiederaufleben naturreligiöser Vorstellungen kehren auch die damit verbundenen Dämonen wieder

hält, wie sehr bereits unsere Vorfahren in der jungsteinzeitlichen Revolution die sie umgebende "Natur" verändert haben, indem sie alle Nutzpflanzen und Haustiere aus den Wildformen herauszüchteten: Inwiefern uns heute aufgetragen sein sollte, zu verhindern, daß diese von uns hergestellte Natur mit Hilfe gentechnisch unterstützter Züchtungen um neue Pflanzen- und Tierarten bereichert wird, bleibt angesichts dieser Vergangenheit unverständlich.

Zukunftstechnologien

Bedenkt man zudem, daß gentechnische Optimierungen angesichts der großen Zahl der heute lebenden Menschen nicht nur große Bedeutung für die Sicherung der Ernährung haben können, sondern darüber hinaus als weiche Techniken ebenso für die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und als Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen, so ist es wenig überzeugend, daß sich die CDU ohne Not (da der Hinweis auf die "Bewahrung der Schöpfung" mit christ-

licher Theologie nichts zu tun hat) auf Formulierungen festlegt, die im Wege stehen, wenn es um die richtigen Entscheidungen in Forschungs- und Entwicklungspolitik geht: Wir waren in der Gentechnik führend (insbesondere in der sog. grünen Genetik), sind aber jetzt durch die ideologischen Diskussionen der jüngeren Vergangenheit ins Hintertreffen geraten. Unsere eigene Industrie hat auf diesem Gebiet ihre Neuinvestitionen in die USA verlegt; sie geht jetzt dazu über, ihre vorhandene Forschung abzubauen - und damit auch die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze. Wir sollten aber alles dazu tun, diesen für uns sehr nachteiligen Prozeß wieder umzukehren.

Ein weiterer Hinweis mag abschließend die ideologische Schieflage der Diskussion noch von einem anderen Aspekt her verdeutlichen: Man tritt - außerhalb und innerhalb der CDU - vielfach mit Nachdruck für eine stärkere Unterstützung der Aids-Forschung ein, die im weiten Umfang mit Methoden und Verfahren der Gentechnik arbeitet - und zwar auch mit menschlichen Genen. Daneben aber verweigert oder verzö-

gert man die Zustimmung zur gentechnischen Produktion von Insulin (in Hessen) oder zu harmlosen Freilandversuchen der grünen Genetik (so z.B. den Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Petunien beim Kölner Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung).

Institute, die mit Methoden der grünen Genetik arbeiten, wurden zudem Ziel unfriedlicher Demonstrationen grüner Provenienz (wie das Kölner Max-Planck-Institut anlässlich der genannten Freilandversuche) und selbst von Sprengstoffanschlägen linker Gruppierungen. Inwiefern aber die grüne Genetik größeren Bedenken ausgesetzt sein sollte als die Erforschung des menschlichen Immunsystems mit Hilfe der Verfahren und Methoden der Gentechnik, bleibt unverständlich - wenn man nicht daran rekurriert, daß man sich in Deutschland nicht vor dem Hunger fürchtet, wohl aber vor Aids. Man sollte aber derartige Ideologien nicht mit dem Begriff der Schöpfung verbrämen.

Anm.:

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

Nachdenken über Politikerschelte

"Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein"

Walter Allgaier

Affären hin, Affären her, was kümmern uns Affären, könnte ein Spötter sagen: Parteispendenaffäre, Traumreisenaffäre, Briefbogenaffäre, Schubladenaffäre, Amigoaffäre, Gehaltsaffäre, alles wie gehabt.

Politiker sind nach einer altprotestantischen Bezeichnung *praecipua membra*, hervorgehobene Glieder der Gesellschaft; hervorgehoben sind sie heute eher im Sinne erhöhter Absturzgefahr. Sie sind ungleich stärker als der Normalbürger der Versuchung ausgesetzt, die Macht für Eigeninteressen zu gebrauchen. Andererseits wird auf sie all das idealtypisch projiziert, worin der Normalbürger selber so oft versagt. Politiker sollen in besonderer Weise dem Gemeinwohl dienen und auch sonst Vorbilder an Zurückhaltung und Bescheidenheit sein. Erfüllen sie diese

Wunschvorstellungen nicht, dann breitet sich in den Köpfen der Menschen das dumpfe Gefühl aus, die Macht und der Umgang mit ihr sei schlicht des Teufels und "ein anständiger Mensch" habe nichts mit ihr zu schaffen. Daß ohne Macht nichts durchzusetzen ist, auch die Belange des Gemeinwohls nicht, machen sich indes nur die wenigsten klar und kaum einer verschwendet einen Gedanken darauf, was wäre, wenn nun wirklich niemand mehr die Staatsmacht anstrebte: Die Folge wäre Anarchie, Anarchie wörtlich verstanden als "Herrschaftslosigkeit". In Wirklichkeit aber bedeutete sie den Darwinismus in Reinform mit seinem "survival of the fittest" als Konsequenz.

Stellt sich die demokratische Gesellschaft diesen Auspizien, dann muß sie sich auch Gedanken machen, wie sie sich die Politik nicht bloß als Spekta-

kel frei Haus liefern läßt, sondern wie sie mit dem knappen Gut der politischen Potenz sorgsamer umgeht. Das heißt vor allem, wie sie den Willen zur Macht, der zur Politik nun einmal dazugehört, wenn sie Probleme lösen soll, mit Ethik durchdringt.

Parteien, Politik und Gesellschaft müssen sich heute eine neue Bescheidenheit verordnen. Ich kann mich auf die ausgezeichneten Bemerkungen von Norbert Blüm beziehen, die er unlängst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zur Parteienkrise publiziert hat. Sie enthalten eine Reihe gescheiter und beherzigenswerter Sätze zur Krise der Parteien wie etwa: "Die Parteien, einst als Teil gedacht, haben sich zum Ganzen gemeldet. So entsteht der Eindruck, die Politik sei für alles zuständig, obwohl sie doch gar nicht alle Probleme lösen kann ... Aus dieser Diskrepanz zwischen Schein und Sein entsteht die Gleichzeitigkeit

einer Gegenbewegung: Die Bürger verlangen von der Politik immer mehr und erwarten vom Politiker immer weniger."

Politiker als Sündenböcke

Die bloße Politikerschelte hilft nicht weiter, sondern führt allenfalls zu Selbstrechtfertigung und Verstockung, wie sie schon das Alte Testament kennt. **Demokratie braucht die Auseinandersetzung;** sie verlangt und verträgt nur dieses gestreckte Verfahren, während ihr der Schlagabtausch nur wenig bekommt, denn der (vermeintliche) Verlierer muß, um sein Gesicht zu wahren, weiterkämpfen wie eine a cornered rat (wie eine in die Ecke getriebene Ratte)". Und das befördert weder die politische Einsicht, noch den Stil, aber schadet dem Gemeinwohl.

Ich meine, daß in dieser Situation auch die Kirchen nicht mehr länger schweigen dürfen. Daß sie es getan haben bisher, hängt vielleicht damit zusammen, daß sie selber mit einer See von Plagen zu kämpfen haben. Aber schon die mit der Politik vergleichbare Situation der Kirche sollte sie zu mehr Solidarität und Sympathie animieren. Mit der Politik hat sie gemeinsam, daß auch sie als Blitzableiter herhalten muß, wenn die Menschen in diesen aufgewühlten Zeiten nicht mehr in der Lage sind, ihre Verunsicherung zu verarbeiten. Das modische "anything goes" hat es mit sich gebracht, daß die Erwartungen an Institutionen und herkömmlichen Autoritäten bei aller Kritik im einzelnen ins Riesenhafte gewachsen sind. Und wenn sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, geraten sie sofort unter den Verdacht, dysfunktional oder Selbstzweck zu sein. Es gibt natürlich immer wieder Stimmen, die bezweifeln, ob sich die Kirche tatsächlich hier zu Wort melden soll.

Aufgaben der Kirchen

Jedoch ist nicht zu verkennen, daß die Kirchen trotz geschwundener Autorität noch immer den geistig-geistlichen Haushalt unseres Volkes nachhaltig beeinflussen und von daher Verantwortung tragen für das, was man das Gemeinwohl nennt oder biblisch Schalom, Integrität des Lebens. Und weil diese immer wieder in Frage gestellt wird durch das Überwuchern von Partikularinteressen, Verzerrungen und Ent-

stellungen, ist die Kirche herausgefordert. Sie soll sich die Begleitung der öffentlichen Vorgänge angelegen sein lassen, die sich konkretisiert beispielsweise im Schutz für den vorschnell oder ungerechtfertigt angegriffenen Politiker oder im Hinweis auf die Möglichkeit von Buße und Umkehr. Denn auch das ist eine alte Erfahrung, um die die Kirche weiß: Jeder Mensch ist fehlsam; aber zumeist kann auch immer wieder eine Menge von dem, was er angerichtet hat, zurechtgebracht werden. Hier also nicht mitzuholzen, sondern um neues Vertrauen werben, das wäre eine genuine Aufgabe der Kirchen.

Ist Deutschland ein Narrenschiff? - Ein Zwischenruf

Hartmut Nischik

Ein Aufsatz wider die Resignation

Kaum daß man als Kommunalpolitiker einer Gemeinde aufschauen dürfte, selten sind die Freuden des Erfolges und noch viel seltener herzliche Worte der Ermutigung durch die Mitbürger. Das Pauschale: "Die da, - die da oben, was die da mit uns machen!" ist stetiger Stachel, spöttisches Dauerthema im Bekanntenkreis und Stadtgespräch.

Ständig wiedergekaut werden bittere "Wahrheiten" korrupten Verhaltens, arroganten Auftretens und egozentrischer Gesinnung der Politiker. Selbst den ehrenamtlichen Stadtverordneten erschlägt solch permanentes Vorurteil täglich und lähmt den Schwung, verdirbt die Freude am kommunalen Engagement. - Der letzte sächsische König soll gesagt haben: "Nu, da macht doch euren Dreck alleine." Dann wird man in Deutschland aber auch bald sagen: "Der letzte knipst bitte das Licht aus."

Eine böse Frucht allgemeiner Proletarisierung der alten DDR, wie auch der antiautoritären Revolten der 1968'er Bundesrepublik, offenbart sich in einer pharisäischen Übermoral, die sich anmaßt, jedwede Obrigkeit zu kriminalisieren. In selbstzerstörerischem Wahn versteht man sich weithin als "objektiver" Beobachter eines deutsch-deutschen Gruselfilms, in dem jeder gute Namen nach Belieben zerrissen und jedes Antlitz verantwortlicher Frauen und Männer zum Comicstrip verarbeitet wird. Sie seien ja einer wie der andere machtbessessen und geldgierig - wer bisher noch nicht entlarvt worden ist, sei nur geschickter, sein wahres Gesicht zu verbergen. Sind etwa die Brandenburger Wahlergebnisse aus solcher Distanz zu verstehen? Dann gleicht Deutschland einem Narrenschiff in schwerer See im schwülen Dunst der allgegenwärtigen Medien, die stets ihr "Ohr an der Masse" haben und fortlaufend schlimmste Nachrichten in die Kajüten der verstörten Passagiere senden.

Gewiß, alle Töne und Bilder sind nur die lautere Wahrheit - aber es ist schon ein Unterschied, auf welchen Körperteil der Gesellschaft man Mikrofon und Optik richtet. Wir haben zum Glück in Deutschland noch Persönlichkeiten, die Verantwortung im vollen Wortsinn, mit Konsequenz der Rechenschaft vor höchster Stelle wahrnehmen, auf allen Ebenen der Hierarchie. Diese Menschen haben saubere Hände und sind in Treue auf das Gemeinwohl bedacht. Diese Sätze sind ein trotziges Bekenntnis gegen den allgegenwärtigen Totalfrust - und bringen dem Bekenner oft ein müdes Lächeln des Partners ein: er wäre eben ein Träumer, bar jeder Realität.

Es bleibt jedoch dabei: im Bauche o.g. "Narrenschiffes" sind wir zu einer Schicksalsgemeinschaft fest umschlossen.

Wenn wir nicht endlich Demokratie mit treuen Herzen und kühlem Verstande praktizieren - seien wir Wähler oder Gewählte - werden wir von den Wogen der stürmischen Weltgeschichte hoffnungslos davongetragen, und zwar dahin, wo wir gewiß nicht hin wollen.

Anm.:

Hartmut Nischik

ist Stellvertretender Vorsitzender

im EAK-Landesvorstand Berlin-Brandenburg und Stadtverordneter der Stadt Hennigsdorf.

Bedeutung christlicher Buße

Gegenwärtig müßte so dringend ein Wort gesagt werden zu dem, was christliche Buße bedeutet. Und wie hilfreich sie wäre, auch im öffentlichen Bereich. Wichtig ist, daß politische Handlungsfähigkeit wiedergewonnen wird. Das Ziel, die Verhältnisse zu verändern, wird sich nur dann erreichen lassen, wenn die Notwendigkeit der Selbstveränderung eingesehen wird. Buße, Umkehr im christlichen Sinne umfaßt "Zerknirschung des Herzens", Betroffenheit des Menschen über sich selbst und dann das Eingeständnis von Verfehlung und Schuld und schließlich den festen Willen, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. So kommt es zur persönlichen Befreiung. Von daher wird dann auch begreifbar, daß der Bußruf Jesu im Neuen Testament als "Freude der Buße" (Julius Schniewind) bezeichnet werden konnte, weil sie aus Verstrickung löst und den Neuanfang ermöglicht.

Anm.:

Kirchenrat Dr. Walter Allgaier, München.

Es handelt sich bei dem vorstehenden Text um einen Auszug eines Vortrages vor der Hanns-Seidel-Stiftung.

**Religions-
wissenschaftler
erhalten
"Buber-Rosenzweig-
Medaille"**

Bad Nauheim. Mit der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit werden in diesem Jahr die Religionswissenschaftler **Clemens Thoma** (Luzern) und posthum **Jakob Petuchowski** ausgezeichnet. Damit würden die Verdienste der beiden Verfasser des "Lexikons der christlich-jüdischen Begegnung" um die Verständigung zwischen Christen und Juden gewürdigt, teilte der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften mit. Die Auszeichnung erinnert an die jüdischen Philosophen Martin Buber und Franz Rosenzweig. Sie wird anlässlich der Eröffnungsfeier der diesjährigen "Woche der Brüderlichkeit" übergeben. Im vergangenen Jahr wurde die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ausgezeichnet.

(aus: epd)

**Gehört Gott
in die Verfassung?**

**Friedhelm Krüger,
Horst Georg Pöhlmann**

Bekanntlich hat es der Niedersächsische Landtag im Juni 1993 mit einer Mehrheit der SPD und der Grünen abgelehnt, der neuen Nie-

dersächsischen Verfassung eine Präambel voranzustellen, die sich - wie das Grundgesetz - zur "Verantwortung vor Gott und den Menschen" bekennt. Dieses in der Parlamentsgeschichte beispiellose Faktum, daß Gott per Parlamentsbeschluss "abgewählt" wurde, hat viele Menschen in unserem Land schockiert und mit Trauer und Wut erfüllt. Manche resignieren, andere protestieren und wollen das in einem Land, in dem sich ca. 80 % der Bevölkerung einer Religionsgemeinschaft zuzählt, nicht widerspruchlos hinnehmen. Sie fragen sich: Werden die Menschen in unserem Land wirklich noch von ihren Volksvertretern vertreten? Sie meinen, daß selbst einem religiös nicht gebundenen Menschen die transzendente Bindung an Werte, die unabhängig von Parlamentsmehrheiten und Meinungstrends gelten, nicht unwichtig sein wird. Sie finden es skandalös, daß das Niedersächsische Parlament sich zu diesem aberwitzigen Unternehmen zu einer Zeit bereitfand, wo in Osteuropa die Denkmäler falscher Götter einstürzen und verschrottet werden.

Den Parlamentariern scheint nicht bekannt gewesen zu sein, daß diese Gottesformel 1949 in die Präambel des Grundgesetzes kam, um an einen anderen Denkmalsturz zu erinnern, an den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung, die das Volk, die Rasse und einen politischen Führer zum Gott machte und von der man sich abgrenzen wollte. Wohin eine Politik ohne Gott führt, erwies ja auch die kommunistische Gewaltherrschaft und ihr Zusammenbruch im Ostblock. Der Fraktionsvorsitzende der SPD des Landtages von Sachsen-Anhalt Höpner begründete daher die Aufnahme des Gottesbezuges in die Verfassung dieses Landes wie folgt: "Uns lag daran, an einer Stelle der

Verfassung darauf hinzuweisen, daß die Werte und Orientierungen, die mit dieser Verfassung gegeben werden, ... nicht der Beliebigkeit menschlichen Ermessens überlassen sind, sondern eingeordnet werden müssen in einen größeren Zusammenhang, in einen Zusammenhang, den Christen mit der Formulierung beschreiben: "In der Verantwortung vor Gott".

Bischof Hirschler betonte zu Recht, daß der Verfassung ohne den Hinweis auf Gott der "über das menschliche Selbstbestimmungsrecht hinausgehende Verpflichtungshorizont" abgeht. Nur die Bindung an einen transzendenten Horizont bewahrt den Staat im Beliebigkeitspluralismus unserer Zeit davor, die je neueste Trendmoral zur Staatsmoral zu machen. Sie ist ein Selbstschutz für unseren Staat, aus der "Mehrheit" keinen "Gott" zu machen (G. Flaubert) und nicht in eine Gefälligkeitsdemokratie zu entarten, die immer nur auf Wahlen schielt, statt verantwortlich zu handeln.

Viele wenden gegen den Gottesbezug in der Verfassung ein: Gott gehöre nicht in eine Staatsverfassung, Religion sei Privatsache. Doch Glaube ist nach der Bibel und den anderen Religionen immer etwas, wozu ich mich öffentlich bekenne und wofür ich einstehe, oder er ist nicht echt. Wenn es stimmt, daß Gott die allumgreifende Macht ist, regiert er auch und gerade im Alltag, nicht nur am Sonntag, in der Welt, nicht nur in meinem Herzen. Die Privatisierung der Religion und das taktvolle Schweigen vom Wichtigsten in unserer säkularen Gesellschaft ist ein totaler Irrweg und es ist schlimm, wenn er auch noch theologisch abgesegnet wird mit einer falsch verstandenen Zwei-Reiche-Lehre. Sicher gibt es auch die Scham, über das, was mir heilig ist, nicht vor jedem zu

reden und "die Perlen nicht vor die Schweine zu werfen" (Mt. 7, 6). Aber eine Verfassung ist kein Schweineköben.

Unverständlich ist auch der Vorwurf der Intoleranz gegenüber einer Minderheit. Wenn dieses Argument wirklich greifen würde, dann könnte man es mit einem viel größeren Recht umdrehen: eine Minderheit ist intolerant, die einer Mehrheit ihre Meinung aufzwingt statt die Mehrheitsmeinung aus einer demokratischen Gesinnung heraus zu respektieren. Auch die christlichen Feiertage werden doch von einer Minderheit respektiert. Die andere Frage, die schon aufgeworfen wurde, wäre, ob eine religiös nicht gebundene Minderheit wirklich etwas gegen den Gottesbezug - sprich: eine transzendente Bindung an vordemokratische Werte, die unabhängig von demokratischen Beschlüssen gelten - haben könnte. Auch sie wird daran interessiert sein, daß es unveräußerliche Werte gibt, die dem Recht des Staates, das zu den vorletzten, nicht zu den letzten Dingen gehört, vorausgehen.

Das absurdeste Argument gegen den Gottesbezug in der Verfassung ist wohl, daß man soll den Namen Gottes nicht mißbrauchen. Wenn Gott auf dem Koppelschloß stand, um in seinem Namen Kriege zu führen, war das sicher ein Mißbrauch seines Namens, aber nicht, wenn Menschen sich im politischen Alltag zu ihm bekennen. Das wäre geradezu der rechte Gebrauch des Namen Gottes, daß wir ihn im säkularen Alltag nicht verschweigen. Oder haben die Menschen, die im Dritten Reich in Bayern statt "Heil Hitler" "Grüß Gott" sagten, um gegen ein götzendienerisches Regime zu protestieren, Gottes Namen mißbraucht?

Die Forschungsstelle für ökumenische Theologie der Universität Osnabrück hat von

evangelischer Seite eine Volksinitiative gestartet, die dafür kämpft, daß die "Verantwortung vor Gott und den Menschen" in die Niedersächsische Verfassung kommt. Den drei Professoren, die diese Forschungsstelle leiten (F. Krüger, H. Merkel, H.G. Pöhlmann) hat sich der Vorsitzende des Landeskatholikenausschusses (H.W. Brockmann) und der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden angeschlossen. Die Volksinitiative benötigt mindestens 70.000 Unterschriften.

Unterschriftenlisten können angefordert werden bei der Forschungsstelle für Ökumenische Theologie (F. Krüger, Universität, Schloß/Neuer Graben, 49069 Osnabrück), an die sie auch ausgefüllt zurückgesandt werden sollten.

Evangelische Kirche verlor 1991 fast 321.000 Mitglieder

Hannover. Fast 321.000 Personen sind 1991 aus der Evangelischen Kirche in Deutschland ausgetreten. Dies geht aus der jüngsten Statistik über das kirchliche Leben hervor. Insgesamt gehörten am Stichtag 31.12.1991 den 24 Landeskirchen der EKD 29,2 Millionen Mitglieder an. Davon lebten mehr als 4,1 Millionen in Ostdeutschland. Über sie wurde jetzt erstmals seit der kirchlichen Vereinigung im Sommer 1991 von der EKD statistisches Material vorgelegt.

Der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung

von 80,2 Millionen in der Bundesrepublik beträgt der Statistik zufolge 36,4 Prozent.

Den 321.000 Kirchaustritten stehen in Westdeutschland 43.700 und in Ostdeutschland 24.000 Aufnahmen gegenüber.

Die Kirche macht zuviel Politik

Interview
mit dem Ministerpräsidenten
von Mecklenburg-Vorpommern

Zur Situation in den neuen Bundesländern, zur Vergangenheitsbewältigung, zum Verhältnis zur Kirche ein Interview mit dem Mann, der am Jahresanfang in der Presse als Überraschungssieger der neuesten Umfragen erklärt wurde: **Ministerpräsident Berndt Seite (Schwerin).** Die Zahl der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, die ihm "eher gutes Ansehen" bescheinigen, stieg in den letzten drei Monaten von 48 auf jetzt 67 Prozent. In dem norddeutschen Bundesland mit fast zwei Millionen Einwohnern hat die CDU bei der Landtagswahl 1990 38,3 Prozent der Stimmen erhalten.

Idea: Wie beurteilen Sie die Wertevermittlung durch die Kirchen?

Seite: Die Kirche befindet sich derzeit in einer schwierigen Situation. Dies mag vielleicht auch daran liegen, daß sie zu viele Felder, die in einer Demokratie eigentlich Aufgabe der Politik sind, übernimmt. In der Zeit der Wende haben Vertreter der Kirche in der ehemaligen DDR eine herausragende Rolle gespielt. Viele Pastoren gingen in den ersten schweren Monaten des Neube-

gins in die Kommunal- oder Landespolitik. Das verdient große Anerkennung, und ich würdige die Leistungen dieser Frauen und Männer. Ich denke aber auch, daß in der derzeitigen schwierigen Phase des Umbruchs es auch sehr wichtig wäre, wenn die Kirchen sich vor allen Dingen stärker seelsorgerisch einbringen würden. Gerade dort, wo es darum geht, einem Menschen in einer schwierigen Situation die Gewißheit zu vermitteln, daß der Wert seines Lebens nicht davon abhängt, ob er eine Position hat oder nicht, sind doch die Kirchen gefragt. Diese intensive seelsorgerische Arbeit vermisste ich derzeit etwas.

Idea: Sie sind seit 1975 Synodaler der mecklenburgischen Kirche. Deren Mitgliederzahl ist von 1950 1,2 Millionen auf jetzt 300.000 gesunken. Was sollte die Kirche tun, damit der Rückgang aufgehalten wird?

Seite: Sie sollte sich auf das konzentrieren, was sie in unserer materiell geprägten Zeit allein hervorheben kann: das Geistliche, den Glauben an Gott. Die Kirche sollte auf die Bürger zugehen, mit ihnen sprechen, ihnen in ihren seelischen Nöten helfen. Und wenn die Bürger nicht mehr zum Gottesdienst kommen, dann muß eben der Pastor zu ihnen gehen. Wenn die Kirche das tut, wird sie auch als nötig und unterstützungswert angesehen.

Idea: Die evangelischen Landeskirchen in den neuen Bundesländern haben einen Brief an Bundeskanzler Kohl geschrieben und darum gebeten, daß zur Erhaltung kulturell wertvoller Kirchen - dafür werden 8,8 Milliarden DM benötigt - Geld zur Verfügung gestellt wird. Werden Sie dies unterstützen?

Seite: Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Kirchen im Rahmen seiner Möglichkeiten. Die allerdings sind begrenzt. Wir dürfen doch auch nicht

vergessen, daß Straßen, Krankenhäuser, Altersheime und zahllose Wohnungen dringend erneuert werden müssen. Der Erhalt der Kirchen ist zweifellos wichtig, doch muß er im Zusammenhang mit allen anderen Forderungen gesehen werden.

Idea: Die Masse der Jugendlichen nimmt nach wie vor an der atheistischen Jugendweihe teil, nicht aber an der Konfirmation. Was empfehlen Sie der Kirche, um die Konfirmation attraktiver zu machen?

Seite: Die Konfirmation steht am Ende eines Lebensabschnittes, der mit der christlichen Erziehung begann, der weiterging mit dem Religions- und Konfirmandenunterricht. Ich

denke, wenn wir wieder mehr christliche Familien haben, wird auch die Konfirmation an Bedeutung zunehmen. Es wird also hier keine kurzfristigen Lösungen geben können. Erst wenn die Kirche wieder verstärkt volksmissionarische Aufgaben wahrnimmt und Kinder und junge Familien mit der christlichen Botschaft bekanntmacht, wird es hier eine Wende geben.

Idea: Wenn Sie eine Ansprache zum neuen Jahr als Bundespräsident halten müßten, was wäre die zentrale Botschaft?

Seite: Ich würde den Bürgern in Deutschland klarmachen, auf welcher Insel der Glückseligen sie eigentlich leben. Das, was wir hier in Ost und West vorfinden, ist doch eine große Ausnahme an Sicherheit und Wohlstand. In weiten Teilen der Welt leben Milliarden Menschen in Armut. Wir Deutschen haben es uns angewöhnt, viel zu schnell zu klagen, zu kritisieren und zu jammern. Dankbarkeit ist nur wenig zu spüren. Ich denke auch, der Einsatz für die vielen Völker, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, könnte viel größer sein.

aus: idea Nr. 5/94

Burkhard Budde:
Denkanstöße aus dem
Leben für das Leben.
Verlag Ernst Knoth,
Melle 1993 ,
ISBN 3-88368-256-X

"Mit diesem schmutzigen Geschäft möchte ich nichts zu tun haben", schimpfte ein Mann auf "die Politiker", die sich "da oben" doch nur selbst bedienen und an sich dächten. Klüngel und Kumpanei, Streiterei und Heuchelei seien für ihn unerträglich.

Sicherlich, es gibt nicht nur "Schönheitsflecken", sondern auch "Schmutz" in der politischen Landschaft. Besonders wenn Politik als der höchste Wert des Lebens angesehen wird und es nur noch um siegen oder untergehen, um alles oder nichts geht. Dann gedeiht der Sumpf rufmörderischer Feindseligkeiten, aus Gegnern werden Feinde, und demokratische Spielregeln werden offen oder heimlich mißachtet. Die "Macht auf Zeit", um dem Gemeinwohl zu dienen, wird als "Besitz weniger" mißbraucht, um unter Umständen auch die eigenen Taschen zu füllen.

Aber lassen sich Klein- und Großfürsten in demokratischen Gewändern von einem Rundumschlag beeindrucken? Konkrete Aufräumarbeiten vor der Haustür sind wirksamer, als in den eigenen vier Wänden oder an der Theke nur zu schimpfen. Die "guten Seiten" der politischen Landschaft sollten so gestärkt werden, daß der Sumpf trockengelegt werden kann. Ohne Politiker, ohne das politische Engagement vieler wird nichts zum Positiven, zum jeweils Besseren bewegt.

Politiker haben es nicht einfach und - schon gar nicht in Bausch und Bogen - Hohn und Spott, Verdächtigungen und Unterstellungen verdient. Viele verdienen vielmehr Respekt und Anerkennung. Jeder ehrliche Poli-

ker muß sich aber auch kritische Fragen gefallen lassen: Ist er für die Menschen da oder sind die Menschen für ihn da? Sagt er auch, was er denkt oder denkt er etwas ganz anderes, als er sagt? Ist er glaubwürdig, menschlich und geistig verwurzelt? Wenn Christen für die Politiker beten, dann hoffen sie auf den Gott, der alle in die persönliche Verantwortung vor sich ruft.

(Auszug)

Hermann Boverter
(Hg.): Medien und Demo-
kratie. Nähe und Distanz
zur Politik,
204 Seiten, kartoniert,
Konstanz 1993.
ISSN 0300-2004, UVK

Zwischen Politikern und Journalisten knistert es im Gebäck. Das gemeinsame Dach der Demokratie, unter dem sie agieren, verbindet sie durch ein Bezugssystem, das wir politische Kommunikation nennen. Wie steht es um Moral und "Kultur" dieser politischen Kommunikation, deren Dienste doch letzten Endes der Information und Urteilsbildung der Bürgerinnen und Bürger zugute kommen sollen?

Den Politikern wird vorgeworfen, sie instrumentalisieren die öffentliche Kommunikation und machen aus Schlagzeilen, die sie selbst liefern, ein Politiksurrogat. So wird ein politisches Wissen verbreitet, das sich auf Krisen und Konflikte, auf einige sich selbst inszenierende Vertreter und auf die eher dramatischen Formen politischen Handelns beschränkt. Der Schlagabtausch zwischen Journalisten und Politikern - "Die Journalisten klopfen den Politikern auf die Finger!" - gehört zum politischen Alltag, wenngleich es vielen Journalisten schwerfällt, zwischen Nähe und Distanz zur Politik

die Balance zu halten. Ersatzpolitiker sind nicht gefragt, sondern Beobachter, unabhängige Berichterstatte, kühle Kommentatoren.

Ein Politiker wie Oskar Lafontaine prägte das Wort vom "Schweinejournalismus", um seine Wut über Rücksichtslosigkeit im Enthüllung- und Sensationsjournalismus auszudrücken. Bundeskanzler Kohl sprach vom "Gossenjournalismus". An rüden Attacken fehlt es auf beiden Seiten nicht - Grund genug, jenseits der Komplizenschaft von Politikern und Journalisten an die Spielregeln zu erinnern und Normen des politischen und journalistischen Handelns auf den Prüfstand zu bringen. Journalistisches Arbeiten heißt, Demokratie ermöglichen (Reinhard Appel).

In dieser Absicht kam es zu einer Vortragsreihe von Journalistinnen und Journalisten an der Universität Bonn zum Thema "Medienmacht und demokratische Politik". Zehn Vorträge sind in diesem Band dokumentiert. Weitere Aufsätze zum Thema schließen sich an, so zur Fragestellung, ob die Medien "zwischen Anspruch und Wirklichkeit" eine Vierte Gewalt darstellen, und abschließend zum Qualitätsjournalismus und normativen Berufsverständnis zwischen "Quote und Qualität".

Udo Hahn
(Hrsg.): Der Glaube ist
keine Privatsache.
Gespräche mit Altbischof
Ulrich Wilckens.
Lutherisches Verlagshaus,
244 Seiten,
Hannover 1993

Frage: Können Sie ein Bild der Kirche der Zukunft malen? Was muß die Kirche bewahren, was ändern, was preisgeben, um an der Schwelle zum dritten Jahr-

tausend noch eine Stimme zu haben und ihre Botschaft auszurichten?

Wilckens: Im Grunde habe ich im Blick auf 1. Korinther 12 schon das Wichtigste von dem gesagt, was ich dazu zu sagen weiß. Ich kann mir gut vorstellen, daß einmal unser ganzes großes Kirchengebäude über Nacht zusammenstürzen könnte. Denn wenn keine geistliche Erneuerung in den nächsten Jahrzehnten vieles stärkt, was daniederliegt, vieles zu neuem Leben erweckt, was verschlafen und vergessen worden ist, vieles auch verändert und neu werden läßt, wird die gegenwärtig sich ausbreitende geistliche Wurzelkrankung unserer Kirche nicht heilen und sich dem ständigen Prozeß ihres Glaubwürdigkeitsschwundes nicht entgegenwirken lassen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Es liegt mir fern, große Krisen herbeizureden - wie das zur Zeit in Deutschland eine verbreitete Unsitte ist. Vieles an unserem volkskirchlichen Kirchentum halte ich für ganz vernünftig geordnet. Es liegt nicht eigentlich an den Strukturen, sondern an den Menschen der Kirche: Wie viele leben, handeln, denken als Christen? Es sind einfach zu wenige, und sie werden immer weniger! Deren Sammlung scheint mir im Blick auf die nächste Zukunft vordringlich zu sein. Fromme Christen, die sich gegenwärtig nicht selten sehr allein fühlen, sollten ab und an zusammenkommen und in schönen, strahlenden Gottesdiensten und reichem gegenseitigem Austausch erleben können: Die Kirche lebt in denen, die sie glauben! Ich denke aber auch an all die vielen der Kirche und dem Christentum entfremdeten Zeitgenossen, die an sich im

stillen in genau der Richtung am Suchen sind, in der die Kirche lebt, und wie von daher Christen zusammenleben könnten. Für solche Menschen müßte es im Raum der Kirche herausgehobene Orte geben, wo ihnen Kirche so begegnet, wie die Kirche Gottes eigentlich ist und lebt, und wo sie ein christliches Zusammenleben finden, an dem sie in etwa Maß nehmen können für das, was christlicher Glaube an Verlebendigung, Profilierung, Vertiefung, Sinnerfüllung, Gemeinschaftsfähigkeit im Leben und Zusammenleben mitten unserer modernen Welt bewirken kann.

Im frühen Mittelalter waren das einmal die Klöster; in manchen freien Reichsstädten der Reformationszeit Ratsversammlungen oder auch neugegründete Schulen; später manche pietistischen Gruppen - nicht alle! -; für Katholiken der Kulturkampfzeit die vielen Vereine, für evangelische und katholische Christen in der Zeit des NS-Regimes und dann in der ehemaligen DDR waren es einzelne kleine, lebendige, in fröhlichem Trotz ganz intensiv zusammenlebende Kirchengemeinden und christliche Gruppen. Ein Netzwerk solcher besonderen, beispielgebenden Orte geistlichen Lebens, vor allem quer durch unsere Großstädte hindurch, wäre heute noch dringlich, durchaus nützlich und für viele Menschen hilfreich. (Auszug)

Erika Dinkler - von Schubert (Hg.), Feldpost: Zeugnis und Vermächtnis - Briefe und Texte aus dem Kreis der evangelischen Studentengemeinde Marburg 1939 - 1945 - Vandenhoeck und Rupprecht, Göttingen 1993. 161 Seiten

Feldpostbriefe und Texte von Marburger Studenten und theologischen Lehrern sind in Rundbriefen gesammelt worden, angeregt durch den Freundeskreis der Marburger Studenten der Bekennenden Kirche und durch Professor von Soden, redigiert zunächst von Mitgliedern des Kreises, seit 1940 in der Redaktion von Frau Dr. Dinkler. Der erste Brief ging im November 1939 hinaus, die letzten im Advent 1945 und im März 1948 nach der Rückkehr Professor Dinklers aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Feldpostbriefe heute? Wen interessieren die? Ist doch längst noch nicht die Frage ausdiskutiert, ob die Bekennende Kirche Widerstand gegen das NS-Regime leistete, ob Christen Soldaten Hitlers sein konnten.

Nicht um diese Frage geht es in diesem Buch, obwohl jeder einzelne Briefschreiber den Konflikt, als Christ "Soldat im Dienst eines verbrecherischen Systems zu sein" (S.11) durchlitt. Der Konflikt wird nicht theoretisiert, sondern in Einsamkeit, Abstumpfung, körperlichen Anstrengungen und Leiden

WELTGEBETSTAG

Frauen aller Konfessionen laden ein, Freitag, 4. März 1994



- GEHEN
- SEHEN
- HANDELN

als "Bewährung im bekennenden Zeugnis als Christ" (S.11) durchlebt.

So erfährt der Leser, wie die Eintönigkeit des Dienstes zu Anfang des Krieges und die Grauen des Rußlandfeldzuges die Soldaten abstumpfen und zerreißen.

Der Rundbrief ist in einem Maße leidvoll erlebter Glaube, wie es vorher wohl einfach nicht hat sein können.

Es muß noch angemerkt werden, daß das NS-Regime früh erkennt, daß solche Rundbriefe für den "Kampfgeist" der Truppe gefährlich sind. Der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten (Kerrl) erläßt am 12. Juli 1940 die Anordnung:

1. ...2. In Abänderung meiner Verfügung ... vom 27.

Oktober 1939 wird daher die Aufgabe oder Verbreitung konfessioneller Schriften - auch von überprüften Schriften - an Wehrmachtsangehörige durch Geistliche oder andere Religionsdiener, konfessionelle oder andere kirchliche Organisationen oder deren Beauftragte hiermit untersagt. 3. Unter konfessionelle Schriften sind auch gedruckte oder vervielfältigte Feldpostbriefe ..."

Die Versendung der Rundbriefe bedeutet ständige Gefahr und ständige Überlegung, wie sie zu ermöglichen sei. Aber sie haben bis zum Kriegsende ihre Empfänger erreicht. Das ist das Verdienst von Frau Dr. Dinkler.

Grete Schneider

"TROTZ ALLEM - KULTUR"

4. / 5. März 1994, Rathaus, Dresden, Kulturtagung der KPV der CDU / CSU

u.a. mit: Parl. Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Bonn • Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Staatsminister, Dresden
Prof. Dr. Ludwig Güttler, Dresden • Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden

Themen:

"Denkmalschutz und Stadtgestaltung - Wiederaufbau der Frauenkirche Dresden"
"Kunst - Kommerz und Finanzierung von Kultur"

Informationen: Ellen Hose, KPV-Bundesgeschäftsstelle, Tel.: 0228 / 544 - 289

Zum CDU-Grundsatzprogramm

Worms. Mit **Christine Lieberknecht** gab auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der Wormser CDU Deutschlands jüngste Ministerin ihre Visitenkarte im Festhaus-Wintergarten ab. Mit ihren 35 Lenzen zählt die sympathische und im Auftreten dezent zurückhaltend agierende Thüringerin, zwar zu den "Jungpimpfen" in der bundesdeutschen Politgilde, doch strahlt die studierte Theologin zweifelsohne jenen Hauch von Vertrauenswürdigkeit und Bescheidenheit aus, der heute bei Politikern der ersten Garde vermisst wird. Um Vertrauen warb Christine Lieberknecht auch für das neue Grundsatzprogramm der CDU. "Politik aus christlicher Verantwortung" lautete das Motto des Abends. Konkret ging es dabei um das "hohe C" - jenem Anfangsbuchstaben im Namenszug der Unionsparteien, der im Hinblick auf die Bündelung und Neuformierung aller konfessionellen politischen Kräfte nach dem Krieg, als historische Leistung Konrad Adenauers gefeiert wurde. Der Zug der Zeit, vor allem aber die Wiedervereinigung, stellt Deutschlands Christdemokraten nun vor eine völlig veränderte Situation. Während sich in den alten Bundesländern noch immer mehr als 85 Prozent der Bevölkerung zu den beiden großen christlichen Volkskirchen zählen, haben Jahrzehnte real-sozialistischer Diktatur in den fünf ostdeutschen Ländern den christlichen Konfessionen gerade mal 30 Prozent Mitgliederanteil, gemessen an der Gesamtbevölkerung, belassen.

Wer erzieht unsere Erzieher?

Waiblingen. Ein "Neues Wertebewußtsein und der christliche Erziehungsauftrag in Schule und Gesellschaft" beschäftigte den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Rems-Murr. Der ehemalige Ministerialdirigent im Kultusministerium, **Dr. Max König**, und der Backnanger Schuldekan **Peter Lilienfein** referierten über die Grundlagen einer "Erziehung in Verantwortung vor Gott" und wie diese an die Junge Generation zu vermitteln sind.

"Rohe Gewalt und Medien - brauchen wir Tabus?"



Dr. Michael Albus, Dr. Hiller, Pfarrer Friedrich Weber (von links)

Wiesbaden. Wir brauchen sie! Gebote für das Zusammenleben dürfen nicht aufgegeben werden. Wir müssen sie immer wieder im Diskurs in die Gesellschaft tragen. Dies war ein Resümee des anregenden Abends, zu dem der Arbeitskreis Kirchen des CDU-Kreisverbands eingeladen hatte. Die beiden Referenten, **Dr. Michael Albus**, Leiter der Hauptredaktion Kinder, Jugend und Familie des ZDF, und **Pfarrer Friedrich Weber**, Propst der Evangelischen Kirche für Süd-Nassau, hatten eine erfreulich große Zuhörerschaft angezogen und zur engagierten Diskussion motiviert.

Jahreshauptversammlung des EAK Schwerte

Schwerte. Während der Jahreshauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises des CDU-Kreisverbandes, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Im Amt des Kreisvorsitzenden wurde der Schwerte **Dr. Karl Göckmann** bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wurde ebenfalls ein Ruhrstädter, **Otto Buschmann**, bestimmt. Zu Beisitzern wurden **Dietmar Wilingmann** (Holzwickede), **Ute Giedinghagen** (Schwerte) und **Rüdiger Wipprecht** (Unna) gewählt. Die Versammlung hatte Pfarrer **Dr. Peter Schneemelcher** vom Volksmissionarischen Amt der Ev. Kirche von Westfalen zu Gast. Er referierte über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der CDU, sprach dabei u. a. über Familien und Ehe, Partnerschaft auf Zeit sowie das christliche Menschenbild und den christlichen Glauben im Verhältnis zu anderen Religionen.

Mehr Akzeptanz

Magdeburg. Der Religionsunterricht in der Schule wird nach Einschätzung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Sachsen-Anhalt auch von konfessionslosen Eltern "mehr und mehr akzeptiert". Es sei daher "verwunderlich", daß "immer wieder" Mitarbeiter der Schulaufsicht das Gegenteil behaupten, sagte der EAK-Vorsitzende **Jürgen Scharf** bei einer Tagung mit Religionslehrern in Magdeburg.

Großes Verdienstkreuz für Dr. Hans Ulrich Klose



Dr. Hans Ulrich Klose (l.), Ministerpräsident Johannes Rau (r.)

Ministerpräsident **Johannes Rau** (r.) hat das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den Ersten Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landta-

ges, **Dr. Hans Ulrich Klose** (l.) überreicht. Klose ist seit 1966 Mitglied des Landtages und seit 1982 Vizepräsident. Er ist Landesvorsitzender des EAK-NRW und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Werte und Normen



Der neu gewählte Vorstand, (von l. nach r.) Markus Wolfrum, Norbert Kotowski, Franz-Dieter Bley, Doris Weber, Willi Müller.

Zur diesjährigen Bezirksversammlung hatte der Bezirksverband Oberfranken des Evangelischen Arbeitskreises der CSU nach Hof eingeladen. "Werte und Normen - was können Kirche, Schule, Politik und Medien beitragen?" - Unter diesem Motto stand die Podiumsdiskussion, die mit dem ehemaligen Herausgeber und Chefredakteur der Frankenpost, **Heinrich Giegold**, der Hofer Bürgermeisterin **Doris Weber**, dem Bundestagsabgeordneten **Dr. Jür-**

gen Warnke, dem Pfarrer **Norbert Kotowski** und dem Bezirksvorsitzenden der Jungen Union Oberfranken, **Bernd Edelmann**, hochkarätig besetzt war.

Franz Dieter Bley, der Bezirksvorsitzende des EAK Oberfranken mahnte an, daß die Lehrer ihre jungen Schüler in weit stärkerem Maße auf die Demokratie einschöpfen müssen. Auch sei die innere Missionierung eines der vorrangigsten Aufgabenfelder der Geistlichen.

Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU - Jens Hövelmann ist neuer Kreisvorsitzender



Thomas Rachel (3. von links) gratuliert Jens Hövelmann (4. von links)

Jülich. Zu einer Mitgliederversammlung hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreis Düren eingeladen. Der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK, **Thomas Rachel** aus Düren, der auch stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender ist, eröffnete die Versammlung.

Zum neuen Kreisvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises in der

Region Düren-Jülich wurde **Jens Hövelmann** aus Jülich, zu seinem Stellvertreter **Dr. Helmut Grossmann** gewählt. Als Beisitzer wurden **Sven Bergemann**, **Juliane Engel**, **Dr. Günter Schenk** und **Dr. Walter Schröck-Vietor** in den Vorstand gewählt. Thomas Rachel wurde als stellvertretender Landesvorsitzender in den Kreisvorstand kooptiert.

EAK zu Besuch bei Michael Friedmann

Frankfurt. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Worms fand sich am Buß- und Betttag zu einem Gespräch mit **Michael Friedmann** im jüdischen Gemeindezentrum in Frankfurt ein. Der Vorsitzende des EAK, **Ulrich Oelschläger**, leitete das Gespräch mit Worten von Moses Mendelssohn ein, die "die Bestimmung des Menschen als Maß und Ziel aller unserer Bestrebungen und Bemühungen" bezeichnen. Michael Friedmann legte kurz die Situation seiner Gemeinde, deren Vorsitzender er ist, dar, um dann auf Fragen der Vergangenheitsbewältigung einzugehen. Er beklagte den seit einigen Jahren zu beobachtenden Aufschwung rechtsextremer Bewegungen, der jedoch nicht mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu tun habe. Als engagierter CDU-Politiker schloß er Mandatsträger der eigenen Partei ein, als er die Mitverantwortung von Politikern für einen Werteverfall analysierte, der letzten Endes solche Entwicklungen bedinge. Kritische Worte fand er vor allem gegen Menschen, die einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen: "Wer nicht weiß, wie es anders sein konnte, weiß unsere Demokratie nicht zu schätzen", so Friedmann. Er sprach sich für eine Integration von Minderheiten aus, jedoch ohne Assimilation, die dem Judentum im vorigen Jahrhundert bekanntlich nichts "gebracht" habe. In diesem Sinne sei sein politisches Engagement das des Staatsbürgers Friedmann, nicht das irgendwie ihn von anderen Menschen unterscheidende des Juden. Aus dieser Argumentation heraus erteilte er auch jeder Form des sogenannten Philosemitismus eine Absage als einer versteckten Form des Antijudaismus. Zwar lasse er sich lieber "küssen" als schlagen, lehne aber alle Formen des Verhaltens ab, die ihn anders sehen als andere Menschen. In diesem Sinne gelte es auch, unserer Verfassung gemäß politisches Engagement über Mitarbeit in der Partei zu verwirklichen, mit der man sich mindestens zu 50,01 % identifizieren könne. An das Gespräch schloß sich ein Mittagessen in einem jüdischen Restaurant sowie die Besichtigung der Ausgrabungsstätte "Judengasse" an.



Peter Hahne

"Heute Moderator gegen zu aktuelle Predigten"

Bremen. Eingeladen vom Evangelischen Arbeitskreis der Bremer CDU, sprach **Peter Hahne** zum Thema "Wie politisch darf Kirche sein?"

Vor rund 400 Zuhörern nahm Hahne zu der Frage "Wie politisch darf die Kirche sein?" Stellung. "Pleiten, Pech und Pannen" seien, so der Referent, häufig das Resultat kirchlichen Engagements, das kaum eine Parole auslasse wie "Kauf keine Früchte der Apartheid!" - "Gott ist für die 35-Stunden-Woche!" Pfarrer seien in Brokdorf und in Wackersdorf zu finden. Hahne zitierte einen Pfarrer: "Für mich ist eine Demonstration genauso Sonntagsheiligung wie der Gottesdienst." Da ist der TV-Moderator ganz anderer Meinung: "Wir dürfen die Bibel nicht mit tagespolitischen Ereignissen vermischen."

EINLADUNG des EAK-ULM

"Die politische Verantwortung der Kirche"

Prälat Rolf Scheffbuch, Ulm

Ulmmer Stuben,
Zinglerstr. 11, Ulm,
Donnerstag,
24. Februar 1994
19.30 Uhr

Information:
Dr. Foko Weberling, Buchenstr. 3,
89155 Erbach

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544305/6 **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf **Abonnement** Preis jährlich 20,- DM **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 **Druck:** Union Betriebs GmbH, Friedrich Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn **Nachdruck** - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. • Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. **Papier:** 100% chlorfrei **Gestaltung + Satz:** Ilka Holle, Telefon 0228/856761

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 53113 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

Neue Wertedebatte führen!

Wir brauchen eine neue Wertedebatte in Deutschland - für die geistige und gesellschaftliche innere Einheit unseres Landes, gegen die Zunahme von Gewalt und Radikalität in unserer Gesellschaft und gegen den kurzatmigen Pragmatismus unserer politischen Kultur.

Die Schaffung der inneren Einheit erfordert geistig und gesellschaftlich eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Bürgertugenden und Werte. Das zunehmend einseitige, rein individualistische Freiheitsverständnis unserer Zeit hat in der Tendenz zu einer besitzstandsverteidigenden Ellenbogengesellschaft geführt, in der die Solidarität für die Gemeinschaft immer schwieriger durchzusetzen ist. Individualität, Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung sind Elemente des Grundwertes der Freiheit; die Verantwortung für die Gemeinschaft gehört aber untrennbar zu diesem Freiheitsverständnis dazu. Die CDU wird ihr neues Grundsatzprogramm deshalb unter das Motto "Freiheit und Verantwortung" stellen, um diesen in unserer Gesellschaft zunehmend aufgelösten Zusammenhang wieder herzustellen. Die verantwortete Freiheit und die Solidarität gehören als Werte zusammen ...

Wir brauchen eine neue Gesellschaftskritik - gegen den Rückzug in die Privatheit und die tendenzielle Abwendung vieler Menschen vom öffentlichen, Politischen und Sozialen.

Der notwendigen und wirkungsvollen Debatte über Parteiverdrossenheit muß jetzt eine neue Gesellschaftskritik folgen: Die Debatte über Parteiverdrossenheit hat Veränderungen in Parteien und Politik bewirkt und wird weitere Änderungen verursachen. Die Debatte war notwendig. Weil sie aber an nur einem Symptom des Zustandes unserer Gesellschaft kuriert, brauchen wir eine breitere Diskussion über die dahinterliegenden Ursachen. Daß die Volksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und großen gesellschaftlichen Institutionen derzeit an Attraktivität, Ansehen, Zustimmung und Mitgliedern verlieren, hat eine gesamtgesellschaftliche Ursache, die über die von den jeweils einzelnen Institutionen zusätzlich gesetzten und zu verantwortenden Ursachen hinausgehen: Unsere Rückzugs-Gesellschaft ist die Folge des einseitig individualistischen Freiheitsverständnisses. Die neue Wertedebatte und die neue Gesellschaftskritik stehen daher in einem engen Zusammenhang ...

Wir brauchen eine neue Programmatik in der CDU, um als Volkspartei wieder mehrheitsfähig zu werden. Die Zukunft der Volksparteien steht auf dem Prüfstand.

Angeichts des Rückzugs aus dem Politischen und der stärkeren Interessenformationen in unserer Gesellschaft verlieren ganz besonders die Volksparteien, die mit dem Anspruch alle Schichten des Volkes zu vertreten, antreten, an Anziehungskraft. Diese können die

Volksparteien nur zurückgewinnen, wenn sie den Anspruch auf die Gestaltung des Gemeinschaftlichen nicht allein als die Summierung von Einzelinteressen verstehen. Deshalb ist für die Mehrheitsfähigkeit der Volksparteien ein Programmprozeß unverzichtbar, in dem diese, abgeleitet aus ihren Werten und Prinzipien, die langfristigen Ziele definieren - mit Blick auf das gesellschaftliche und staatliche Ganze und nicht primär unter Einzelaspekten und Einzelinteressen.

Wir christliche Demokraten stehen mitten in einer programmatischen Erneuerung unserer Partei. Dabei gehen wir von der Tradition und Kontinuität bewährter Werte und Grundsätze aus. Um als Volkspartei Mehrheiten mit dem Anspruch zur Vertretung aller Schichten des Volkes zu gewinnen, reicht es nicht aus, auf Regierungserfolge der Vergangenheit und historische Leistungen zu verweisen. Wir werden nur gewählt werden, wenn wir für die zentralen Herausforderungen der Zukunft die größere Kompetenz aufweisen.

Dr. Reinhard Göhner,
Vorsitzender der
CDU-Grundsatzprogramm-
Kommission.

Unsere Autoren:

Dr. Ulrich Mann
Königsberger Str. 66
24161 Altenholz

Albrecht Martin
Hugo-Reich-Str. 10
55543 Bad Kreuznach

Prof. Dr. Hans-M. Pawlowski
Siegfriedstr. 11
69198 Schriesheim

Dr. Walter Allgaier
Melserstr. 13
81827 München

Hartmut Nischik
Feldstr. 68
16761 Hennigsdorf